

Substanzielles Protokoll 8. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 2. Juli 2014, 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Helen Glaser (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Dr. Mario Babini (SVP), Roberto Bertozzi (SVP), Nina Fehr Düsel (SVP), Kurt Hüsey (SVP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2014/196 | Eintritt von Katharina Widmer (SVP) anstelle des zurückgetretenen Sven Oliver Dogwiler (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018 | |
| 3. | 2014/197 | * Weisung vom 18.06.2014:
Rechnung 2014, Trimesterbericht I/2014 zu den Globalbudgets | STR |
| 4. | 2014/203 | * Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP), Heinz F. Steger (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 18.06.2014:
Erweiterung der Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte | PV
E |
| 5. | 2014/204 | * Postulat der GLP-Fraktion vom 18.06.2014:
Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung | VHB
E |
| 6. | 2014/186 | * Postulat von Alan David Sangines (SP), Matthias Probst (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 11.06.2014:
Erhöhung der Anzahl von Kontingentflüchtlingen aus Syrien sowie Lockerung der Einreisebestimmungen | VS
E/A |
| 7. | 2014/93 | Weisung vom 26.03.2014:
Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2013 | VS |
| 8. | 2014/63 | Weisung vom 12.03.2014:
Finanzverwaltung, Rechnung 2013 (Verwaltungsrechnung mit Anhang), Genehmigung | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

211. 2014/196
Eintritt von Katharina Widmer (SVP) anstelle des zurückgetretenen Sven Oliver Dogwiler (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR, LS 161) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 20. Juni 2014 anstelle von Sven Oliver Dogwiler (SVP 1+2) mit Wirkung ab 1. Juli 2014 für den Rest der Amtsdauer 2014 bis 2018 als gewählt erklärt:

Katharina Widmer (SVP 1+2), Geschäfts- und Hausfrau, geboren am 9. November 1947, von Zürich/ZH und Altnau/TG, Seestrasse 301, 8038 Zürich

212. 2014/197
Weisung vom 18.06.2014:
Rechnung 2014, Trimesterbericht I/2014 zu den Globalbudgets

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss des Büros vom 30. Juni 2014

213. 2014/203
Postulat von Dr. Pawel Silberring (SP), Heinz F. Steger (FDP) und 10 Mitunterzeichnenden vom 18.06.2014:
Erweiterung der Gültigkeit der Jahres-Gewerbeparkkarte

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

214. 2014/204
Postulat der GLP-Fraktion vom 18.06.2014:
Anpassung der Bauplanung des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) mit dem Ziel der Freigabe des gesamten Kasernenareals für die Stadtbevölkerung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Tognella (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

215. 2014/186

Postulat von Alan David Sangines (SP), Matthias Probst (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 11.06.2014:

Erhöhung der Anzahl von Kontingentflüchtlingen aus Syrien sowie Lockerung der Einreisebestimmungen

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Alan David Sangines (SP) vom 25. Juni 2014 (vergleiche Beschluss-Nr. 176/2014)

Die Dringlicherklärung wird von 77 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

216. 2014/93

Weisung vom 26.03.2014:

Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2013

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht 2013 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2014/93 und 2014/63, Dispositivziffer 2.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Geschäftsbericht AOZ 2013:

***Michael Schmid (FDP):** Die Tätigkeit der Asyl-Organisation (AOZ) war im vergangenen Jahr stark geprägt von der Neustrukturierung des Asylwesens auf Bundesebene, insbesondere vom Pilotprojekt Testzentrum Juch zur Umsetzung des beschleunigten Verfahrens. Der Rahmen der Tätigkeit der AOZ wird im Wesentlichen durch übergeordnete Vorgaben festgelegt. Die Art und Weise der Aufgabenerfüllung in einem sehr anspruchsvollen Umfeld erachten wir als professionell und kompetent.*

Kommissionsminderheit:

***Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die AOZ ist nur halb ausgegliedert, dies führt zu der organisatorisch problematischen Situation, dass Stadträte im Verwaltungsrat sitzen. Wenn die AOZ also Verlust macht, ist die Stadt dafür haftbar. Es fragt sich auch, ob die ganzen Angebote, welche auf Seite 13 im Geschäftsbericht aufgeführt werden, nötig sind; eine Konzentration auf Sozialhilfe, Betreuung und Nothilfe erschiene uns angemessen, wobei auch in diesem Bereich noch oft gegen den Willen der Bevölkerung gehandelt wird. Auf jeden Fall über die Kernaufgabe hinaus gehen für uns einige*

Bereiche im Geschäftsfeld «Förderung der sozialen Integration». «Bildung und Arbeitsintegration» ist sodann erst sinnvoll, wenn jemand ein ständiges Bleiberecht hat. Dasselbe gilt auch für «Wissensvermittlung und Consulting».

Kommissionsmehrheit/-minderheit Rechnung AOZ 2013:

Rebekka Wyler (SP): *Wir haben die Rechnung AOZ 2013 geprüft. Eine Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) bittet Sie um Zustimmung zur Dispositivziffer 2.*

Roger Liebi (SVP): *Die Rechnung enthält nur eine Bilanz und weist ausgewählte Produktgruppen aus. Sie ist mangelhaft und kann nicht abgenommen werden. Zudem hat die SVP keinen Einblick in die AOZ und kann somit nicht einfach darauf vertrauen, dass das Geschäft läuft.*

Weitere Wortmeldungen:

Corinne Schäfli (AL): *Mit der Verfahrensbeschleunigung haben sich Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden massiv verschlechtert und der Anteil an Flüchtlingen in geschlossenen Bundeszentren oder Ausschaffungsgefängnissen wird sich verdreifachen. Die AOZ steht mitten in diesen Veränderungen. Wir anerkennen ihren Versuch, die Grundrechte der Schwächsten unserer Gesellschaft zu schützen, stellen aber auch kritische Fragen. Dies z. B. dann, wenn Kinder während Monaten nicht in die Schule integriert werden können, wenn unbegleitete Minderjährige keine besondere Betreuung erhalten, wenn Beschäftigungsmöglichkeiten wegen Geld- und Raummangels nicht ermöglicht werden können, oder wenn die Löhne der Angestellten gedrückt werden. Die Stadt hat heute lediglich noch eine Aufsichtsfunktion, umso wichtiger ist es, diese wahrzunehmen. Unser Ja steht aber nicht für eine Akzeptanz der aktuellen Bedingungen.*

Simon Kälin (Grüne): *Die AOZ ist eine hochspezialisierte Institution, die flexibel auf neue Herausforderungen reagieren kann und insgesamt ausgezeichnete Arbeit leistet. Dank unterschiedlichsten Kooperationen und einem offenen Austausch von Fachwissen ist die AOZ bestens gerüstet, die dringenden humanitären Aufgaben im Asylbereich wahrzunehmen. Im Berichtsjahr wurden ihr neue Aufgaben zugesprochen, die sie stark beansprucht haben. Die AOZ ist ein politisch breit abgestütztes und unerlässliches Instrument zur Umsetzung einer der Humanität verpflichteten Flüchtlingspolitik. Die engagierte Tätigkeit der AOZ ist auch mit Blick auf das internationale Umfeld weiterhin nötig: Wir verzeichnen gegenwärtig die höchste Zahl an Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg; weltweit sind 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Krieg ist eine Ursache dafür, und angesichts der Rüstungsgüter-Produktion und der Waffenexporte, die Geld in unsere Steuerkasse spülen, trifft die Schweizerinnen und Schweizer eine moralisch-ethische Verpflichtung, einen Teil dieser Finanzmittel für humanitäre Zwecke einzusetzen.*

Felix Moser (Grüne): *Die SVP hat keine einzige Frage zur Rechnung gestellt, insofern ist der von Roger Liebi (SVP) geäußerte Vorwurf etwas merkwürdig.*

Peter Küng (SP): *Es geht nicht an, den Bericht abzulehnen, weil man mit der Rechtsform nicht einverstanden ist: Diese ist das Ergebnis einer Volksabstimmung. Ebenfalls ungerechtfertigt ist die Kritik, die AOZ erbringe überflüssige Leistungen im Bereich Integration: Die AOZ ist nicht nur für Asylantinnen und Asylanten da, auch die Stadt kauft Leistungen ein.*

Roger Liebi (SVP): Die SVP soll offensichtlich keinen Einblick in die AOZ erhalten, wie anders wäre der Umstand zu erklären, dass nie SVP-Mitglieder in den Verwaltungsrat gewählt werden? Grund dafür ist die Angst vor kritischen Fragen. Ausserdem finde ich nicht, dass ich Fragen zur Aufwand- und Ertragsrechnung stellen müsste – eine solche gehört einfach in einen Geschäftsbericht.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Unsere Auffassung vom Aufgabenbereich der AOZ macht es erforderlich, den Bericht abzulehnen. Ebenfalls abzulehnen ist es, wenn Fragen der Entwicklungshilfe und des Waffenexports auf die AOZ projiziert werden; das Votum von Simon Kälin (Grüne) war ein Plädoyer für die Ablehnung des Berichts.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsident Michael Schmid (FDP), Referent; Renate Fischer (SP), Simon Kälin (Grüne), Peter Küng (SP), Maleica Landolt (GLP), Corinne Schäfli (AL), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Nina Fehr Düsel (SVP)
Abwesend:	Urs Helfenstein (SP), Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 19 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2013 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Juli 2014 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

217. 2014/63

Weisung vom 12.03.2014:

**Finanzverwaltung, Rechnung 2013 (Verwaltungsrechnung mit Anhang),
Genehmigung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Verwaltungsrechnung 2013 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2013 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Gewinn von Fr. 225 826.43 wird – gestützt auf Art. 6 Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
3. Die Rechnung 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2013 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird genehmigt.
5. Die Rechnung 2013 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 23. Juni 2014

Eintretensdebatte:

Rebekka Wyler (SP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2013 vor: Die Laufende Rechnung 2013 schliesst bei einem Aufwand von 8214,7 Millionen Franken und einem Ertrag von 8228,7 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von 14 Millionen Franken ab. Einschliesslich Zusatzkredit war ein Minus von 94,9 Millionen Franken budgetiert. Der bedeutend bessere Rechnungsabschluss ist aufwandseitig vor allem auf den tieferen Personalaufwand, tiefere Abschreibungen und einen tieferen Sachaufwand zurückzuführen. Letzterer ist mit negativen Abweichungen im Energieeinkauf, beim Bau-lichen Unterhalt und bei Dienstleistungen Dritter zu erklären. Das Ergebnis hat sich aber auch dank Mehrerträgen verbessert. Hinzu kommen die um 42,2 Millionen Franken tieferen Ressourcenausgleichsbeträge an den Kanton. Die Steuereinnahmen lagen 46,6 Millionen Franken unter dem Budget, trotzdem erreichte der Steuerertrag einen Rekordwert von fast 2,5 Milliarden Franken. Die Investitionsausgaben haben das Budget einschliesslich Zusatzkredit um 347,7 Millionen Franken unterschritten. 26,4 % der bewilligten Kredite wurden nicht in Anspruch genommen. Die Gemeindebetriebe erzielten einen Erfolg in der Höhe von 127,8 Millionen Franken. Das Bilanzvermögen nahm um 113,1 Millionen Franken auf 5 Milliarden Franken ab, während das Verwaltungsvermögen auf 7,5 Milliarden Franken zunahm. Das Fremdkapital hat im Vergleich zum Vorjahr wieder zugenommen: auf 9,3 Milliarden Franken. Die Verpflichtungen gegenüber Spezialfinanzierungen haben sich auf 2,9 Milliarden Franken erhöht. Das Eigenkapital ist auf 723,9 Millionen Franken angestiegen. Dass dies nicht dem Ertragsüberschuss der Rechnung entspricht, hat mit der Bereinigung von zu Darlehen umgewandelten Investitionsbeiträgen im Gesundheitsbereich zu tun, die eine Rückzahlung an den Kanton und die anderen Vertragsgemeinden in der Höhe von 12,9 Millionen Franken vorsehen. Unter Berücksichtigung der Schuld gegenüber der Pensionskasse würde das Eigenkapital per 31. Dezember 353,2 Millionen Franken betragen. Ein paar Einzelaspekte zur Rechnungsprüfung: 1. Mit der Umsatzabgabe des Elektrizitätswerks (ewz) hat sich die RPK intensiv auseinandergesetzt und ist der Ansicht, dass das bisherige Modell mit Blick auf künftige Entwicklungen zu überarbeiten ist. 2. Die Auswirkungen der Neuregelung der Spital- und Pflegefinanzierung führt zu Unklarheiten und Unsicherheiten in der städtischen Rechnung; Stadt und Kanton sind weiterhin aufgefordert, Lösungen für eine verlässliche und angemessene Kalkulationsbasis zu erarbeiten. 3. Der RPK sind zahlreiche Projektverzögerungen im Hoch- und Tiefbau aufgefallen. Sie wünscht sich künftig eine Erhöhung der Planungssicherheit. 4. Die Dienstabteilungen sind verpflichtet, neben dem Stellenplafond auch das Lohnbudget einzuhalten und, falls sich eine Budgetüberschreitung abzeichnet, Massnahmen einzuleiten. 5. Die RPK kann nicht nachvollziehen, warum Details zum Freien Kredit vertraulich zu behandeln sind. 6. Die dem Museum Rietberg (MRZ) entgangenen Einnahmen sind aufzuarbeiten. Aus den gemachten Erfahrungen müssen die nötigen Schlüsse gezogen werden. 7. Einige Fragen wurden leider ungenau und/oder unvollständig beantwortet. In den Antworten wurde zudem mehrfach Kritik an Gemeinderatsentscheiden geäussert – dies halten wir für unangemessen. 8. Die RPK erwartet vom Stadtrat einen baldigen Grundsatzentscheid zur Durchführung des Zürich Tattoo.

Ausblick: Das leichte Plus im Abschluss ist kein Grund für eine finanzpolitische Entwarnung. Sowohl einnahme- als auch ausgabenseitig bestehen weiterhin grosse Herausforderungen. Es ist unklar, wann die beiden Grossbanken wieder in nennenswertem Umfang Gewinnsteuern abliefern werden, auch die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III auf die Steuererträge von den juristischen Personen sind nicht absehbar. Die Konjunkturprognosen sind vorsichtig positiv, die Zinsen bleiben weiterhin auf historisch tiefem Niveau. Die RPK wird die Entwicklung von Personal- und Sachaufwand

in der Verwaltung weiterhin aufmerksam verfolgen. Wir erwarten bald konkrete Resultate des Leistungsüberprüfungsprogramms 17/0 und lassen uns regelmässig über den Stand dieses Projekts informieren.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 218/2014–224/2014)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

218. 2014/219
Erklärung der SP-Fraktion vom 02.07.2014:
Rechnung 2013

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Positive Überraschung dank schwarzer Null

Der von rechtsbürgerlicher Seite an die Wand gemalte Pleitegeier ist kläglich abgestürzt, noch bevor er die Stadt Zürich erreicht hat: Die Rechnung 2013 der Stadt Zürich schliesst mit einer schwarzen Null ab. Budgetiert war ein Minus von knapp 100 Millionen Franken, doch jetzt erzielt die Stadt sogar einen kleinen Überschuss von 14 Millionen Franken. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2013 knapp 724 Millionen Franken. Die Stadt Zürich steht somit finanziell grundsätzlich gut da, trotz schwierigem Umfeld und unsicheren Zukunftsperspektiven.

Zur schwarzen Null beigetragen haben einerseits Mehreinnahmen, andererseits aber auch rückläufige Ausgaben. Der Sachaufwand ist signifikant tiefer als im September 2013 prognostiziert und liegt damit klar unter dem Budget. So sind beispielsweise die Ausgaben für Dienstleistungen Dritter merklich zurückgegangen. Die SP begrüsst das verbesserte Kostenbewusstsein von Stadtrat und Verwaltung.

Die Steuereinnahmen sind mit fast 2,5 Milliarden Franken rekordhoch, wenn auch unter dem Budget. Es zeigt sich, dass die verschiedenen Steuern – nicht zuletzt die Grundstücksgewinnsteuer – einen wichtigen und nötigen Beitrag zur Finanzierung der städtischen Aufgaben leisten. Beunruhigend sind die Antworten auf die Schriftliche Anfrage Nr. 2014/48 von Min Li Marti und Florian Utz: Wir befürchten, dass die beiden Grossbanken CS und UBS noch länger keine Gewinnsteuern in die Stadtkasse abliefern werden.

Die Nettoinvestitionen liegen deutlich unter dem Budget: Nur gut drei Viertel der budgetierten Investitionen wurden ausgeschöpft. Investitionen sind elementar für den Standort Zürich, da sie dem Gewerbe und den KMU wichtige und konjunkturstützende Aufträge verschaffen. Wir warnen vor einem Rückgang der Investitionen und halten an unserer langjährigen Forderung nach Verstetigung der Investitionen auf realistischem Niveau fest.

Die SP begrüsst, dass der Stadtrat aktiv werden will gegen Beschlüsse auf kantonaler und Bundesebene, die weitere Steuerausfälle zur Folge haben werden, beispielsweise gegen die geplante Unternehmenssteuerreform III. Die SP hat sich schon immer gegen Steuergeschenke für Grosskonzerne und die Hochfinanz eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Entschieden lehnt die SP die Tendenz von Bund und Kanton ab, immer weitere Kosten auf die Gemeinden zu überwälzen. So werden die Gemeinden beispielsweise im Spital- und Pflegebereich oder mit der vollen Kostenüberwälzung der Schulpsychologischen Dienste immer stärker belastet.

219. 2014/220
Erklärung der SVP-Fraktion vom 02.07.2014:
Rechnung 2013

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Äs hät kei Nüssli me

Die SVP lehnt die Rechnung 2013 der Stadt Zürich ab. "Typisch, Neinsagerpartei" - hören wir die vereinigten Parteien der Abnicker sagen. Das Geld ist doch ausgegeben, was wollen die denn jetzt noch?

Nun, die Aufwands- und Ertragsrechnung ist, gerade in Tiefzinszeiten, nicht der einzige Gradmesser für eine Déchargeerteilung. Regierung und Verwaltung müssen sich daran messen lassen, wie sie ihre langfristige Planung für alle Bevölkerungsteile erledigen. Sie müssen sich am Grundauftrag für eine Gemeinde

messen und nicht an dem, was man mit den maximal zu vereinnahmenden Steuern und Gebühren und, zu allem hin noch, in Eigenregie und unter Konkurrenzierung der Privatwirtschaft sonst noch tun könnte. Die Jahresrechnung besteht eben nicht nur aus Aufwand- und Ertragsrechnung. Sehr oft wird bei Staatsrechnungen die Bilanz ausser Acht gelassen. Ein fataler Fehler, wenn man sich vielerorts und speziell auch in der Stadt Zürich, die Entwicklung der Schulden, des Fremdkapitals, ansieht. Nein zu sagen zu einer Einnahmen- und Ausgabenpolitik, die von Rot-Grün und ihren selbsternannten Brückenbauern auf dem Buckel der nächsten Generationen ausgetragen wurde und wird heisst eben gerade JA zu sagen zu einer zukunftsgerichteten, verantwortungsvollen städtischen Geschäftstätigkeit für Alt und Jung!

Sicherlich wurden Anstrengungen unternommen, um das während des letzten Jahres zwischenzeitlich befürchtete Defizit von 100 Millionen Franken zu verhindern. Aber hatte hier die Stadt wirklich den Lead? War es wirklich ausgerechnet die rot-grüne Regierung, welche bewirkt hat, dass die Grundstückgewinnsteuern um 73 Millionen Franken höher lagen als budgetiert, oder waren es nicht vielmehr die von allen Linken verurteilten Banken, welche durch die Arrondierung ihrer Immobilienportfoliostrategie einmalig dazu beitrugen? War es ausgerechnet die rot-grüne Regierung die den „Glencore“- Börsengang initiiert hatte und dadurch einmalige Einnahmen von 42 Millionen budgetieren konnte?

Seit Jahren kritisiert die SVP das Schönreden von Rechnung und Bilanz, ungeachtet dessen, ob der Finanzvorsteher nun aus dem blauen oder grünen Spektrum stammte. Seit Jahren kritisieren wir die Schuldenpolitik und die Rechnungskosmetik durch Auflösung von Reserven. Die Bruttoschulden liegen per 31. Dezember 2013 bei sage und schreibe 9.3 Milliarden Franken. 2009, nur 5 Jahre früher, betrug diese 8.4 Milliarden Franken und somit schier unglaubliche 900 Millionen Franken weniger - eigentlich ungeheuerlich.

Die Reserven sind zu einem erheblichen Teil aufgebraucht. So lieferte selbst Stadtrat Leupi den Spruch des Jahres und liess offiziell verlauten: "Es hüt kei Nüssli me". Mit "Nüssli" hat er eben genau die Reserven gemeint. Dafür trägt er zugegeben nicht alleine die Schuld. Sein Vorgänger hatte bereits einiges davon ge- und verfuttert.

Recht eindrücklich lässt sich der Zustand der städtischen Finanzen am Saldo zwischen Einlagen und Entnahmen in Spezialfinanzierungen, der Rücklagenbildung, darlegen. Konnte von 2003 bis 2009 mit einer Ausnahme jährlich jeweils zwischen 130 bis 307 Millionen Franken eingelegt werden, so waren dies ab 2010 noch 18 bis nun 2013 -101 Millionen Franken. Seit 2010 wird kumuliert netto mehr entnommen als eingelegt.

Dies alles ist umso bedenklicher als Aufwandwachstum bei Sach- und Personalaufwand gemessen am Steuereinkommen in keinem Verhältnis stehen. Und dies obwohl der Steuerertrag mit 2.488 Milliarden Franken erneut auf Rekordhöhe abschloss. Kein Wunder, bemüht man nun andere Quellen, wie zum Beispiel Gebühren und Bussen zur Refinanzierung. Die Entgelte steigen sinnigerweise seit 2003 in etwa im Ausmass der Steigerung beim Personalaufwand, oder anders gesagt um ungefähr 700 Millionen Franken.

Die SVP betrachtet den Rechnungsabschluss 2013 speziell auch unter dem Aspekt des sogenannten Leistungsüberprüfungsmodells 17/0, welches noch unter dem abgetretenen Stadtrat Vollenwyder verkündet wurde. Er wollte sich dies offensichtlich nicht mehr selber antun. Erste Indikationen verdeutlichen allerdings, dass zur Reduktion der Defizite weniger von einer Leistungsüberprüfung denn von einer Einnahmenmaximierung ausgegangen wird. So werden explizit mögliche Steuer- und Gebührenerhöhungen erwähnt. Die rot-grüne Umsetzung des Auftrages erfolgt also in Fettschrift. Nicht der Ursprung des systemischen Ausgabeüberhangs wird bekämpft, nein, der Bürger soll geradezu attackiert werden. Wenn die SP sagt, dass man stolz sein müsse, Steuern zahlen zu dürfen, so müssen wir ihnen entgegen, dass wohl niemand stolz darauf sein kann, von politischen Ideologen ausgeraubt zu werden.

Die SVP verweigert dem Stadtrat mit ihrem Nein ausdrücklich die Décharge. Zum Schutz und Wohl der Bürger und des Gewerbes der Stadt Zürich.

**220. 2014/221
Erklärung der FDP-Fraktion vom 02.07.2014:
Rechnung 2013**

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Stadt präsentiert nun doch einen leicht positiven Rechnungsabschluss; Die Realität ist jedoch: Flasche leer

Die FDP nimmt das Ergebnis der geschönten Rechnung 2013 mit einer schwarzen Null im Ausmass von 14 Millionen Franken mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Bei der Präsentation des Budgets 2014 hatte der grüne Finanzvorsteher Daniel Leupi von einem zu erwartenden Defizit in der Rechnung 2013 gesprochen, welches noch grösser ausfallen könnte als budgetiert. In der Folge warnten er und die rot-grüne Mehrheit des Stadtrats vor zukünftigen finanziellen Schwierigkeiten für die Stadt Zürich. Angesichts dieser rabenschwarzen Aussichten war es für die FDP unverständlich, dass der Stadtrat ein Budget 2014 mit einem Defizit von 230 Millionen Franken präsentierte. Vorausschauende und haushälterische Finanzpolitik

sieht anders aus!

Das nun vorliegende Ergebnis kommt zustande, weil die Rechnung in der Summe um 117 Mio Franken durch Einmaleffekte entlastet wurde. So wurden insbesondere die Investitionen verschoben. Anstelle der budgetierten 1.277 Milliarden Franken wurden nur 966 Millionen investiert. Damit reduzierten sich die Abschreibungen entsprechend. Sonst sind es in erster Linie Sondereffekte, welche zum positiven Resultat entscheidend beitragen. So wurde die Schwankungsreserve für die Aktien der Flughafen Zürich AG um 30 Millionen Franken reduziert. Die Buchgewinne der Liegenschaftenverwaltung liegen um 24 Millionen Franken über dem Budget. Solche Sondereffekte können in Zukunft nicht mehr erwartet werden. Vielmehr muss nun das strukturelle Defizit der Rechnung konsequent mit ausgeglichenen Budgets angegangen werden, denn die Realität ist: „Flasche leer!“

Der Steuerertrag liegt mit einer Abweichung von 46.6 Millionen Franken unter dem Budget, doch mit 2.488 Milliarden Franken auf Rekordniveau. Erneut sind die Grundstückgewinnsteuern mit 243 Millionen Franken deutlich über den budgetierten 170 Millionen Franken. Mit klaren Worten, die privaten Investitionen steuern einen wesentlichen Teil zum Steuerertrag bei. Umso unverständlicher ist es, dass der Stadtrat eine BZO präsentiert, welche innert kürzester Zeit zu einem Investitionsstopp im Immobilienbereich geführt hat. Mit dieser Verhinderung von sinnvollen Bauprojekten – übrigens auch von Genossenschaften – werden allerdings auch Millionen von Franken an Planungsaufwendungen zur Makulatur.

Leider wächst der Personalaufwand munter weiter, und dies, obwohl keine Teuerungszulagen bezahlt werden mussten. Mit 2.676 Milliarden Franken erreichen diese Aufwendungen ebenfalls Rekordhöhe. Wie dieser Betrag mit dem Projekt 17/0 reduziert werden kann, bleibt zurzeit schleierhaft. Der Stadtrat schuldet uns hierzu schon seit der vollmundigen Ankündigung dieses Programms den entsprechenden Tatbeweis. Die Begehrlichkeiten von Links-Grün werden auch in den kommenden Jahren nicht zurückgehen. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass das leicht positive Ergebnis der Rechnung 2013 ihre Ausgabenwut weiter fröhlich vorantreiben wird. Ziel der Linken kann es da nur sein, die Steuern in der Stadt drastisch zu erhöhen! Die Zeche zahlen also einmal mehr die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Die FDP verlangt, dass sich der Stadtrat endlich zu einer klaren Reduktion der Aufwendungen bekennt und seine Vorstellung von 17/0 auf den Tisch legt. Da dies bisher nicht geschehen ist, ist zu erwarten, dass der Stadtrat den Zürcher Steuerzahlenden eine gesalzene Rechnung in Form von Steuererhöhungen präsentieren wird. Die FDP wird sich mit allen finanzpolitisch verantwortungsbewussten Kräften gegen diese Entwicklung stemmen. Anpassungen auf der Ausgabenseite – auch mit Verzicht auf gewisse Leistungen – sind zwingend. Dies kann nicht erst 2016 beginnen. Die FDP fordert den Stadtrat auf, unverzüglich mit der Planung von Ausgabenreduktionen zu beginnen.

**221. 2014/222
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 02.07.2014:
Rechnung 2013**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Bewährte Finanzpolitik mit kühlem Kopf und ruhiger Hand fortsetzen

Die Rechnung 2013 der Stadt Zürich schliesst erstmals seit mehreren Jahren wieder mit einem Ertragsüberschuss ab. Der grüne Finanzvorsteher Daniel Leupi kann in seinem ersten Jahr als Finanzvorstand ein Plus von 14 Millionen Franken präsentieren – und dies trotz eines budgetierten Defizits von 94 Millionen Franken. Eine umsichtige und seriöse Finanzpolitik des Stadtrates und einer Mehrheit des Gemeinderates hat es geschafft, in einer nicht ganz ruhigen See die Klippen sicher und mit ruhiger Hand zu umfahren. Dies gilt es in den kommenden Jahren fortzusetzen.

Die Bevölkerung in Zürich wächst weiterhin. Im Gleichschritt damit wachsen auch die Ausgaben für Investitionen. Die Grünen halten deshalb ein wachsames Auge auf diese Entwicklung. Gerade Investitionen in Schulen, Betreuung und Alterszentren oder im Wohnungsbau dürfen nicht zurückgestellt werden. Diese Projekte sind für die Bevölkerung und die Entwicklung der Stadt Zürich wichtig. Im 2013 wurden 26.4 Prozent der bewilligten Kredite nicht in Anspruch genommen – wir wünschen, dass dieser Anteil sinkt und mehr Projekte verwirklicht werden.

Die Steuereinnahmen bewegen sich auf Rekordniveau, dies trotz der Tatsache, dass die Grossbanken nach wie vor keine Gewinnsteuern zahlen. Trotzdem kann der gesamte Steuerertrag nicht mit den Ausgaben Schritt halten. Das bedingt eine sorgfältige und ausgewogene Planung der notwendigen Ausgaben und Investitionen. Wir Grüne fokussieren dabei auf diejenigen Bereiche, die in den letzten Jahren durch Volksentscheide bestätigt wurden: Kinderbetreuung, 2000-Watt-Gesellschaft, Städte-Initiative sowie der wohnpolitische Grundsatzartikel. Hier, wie auch bei der Existenzsicherung der Ärmsten, gibt es für uns keinen Spielraum.

Wir stören uns daran, dass die beiden Grossbanken nach wie vor keine Gewinnsteuern abliefern, sich aber trotzdem fette Boni ausbezahlt haben. So hat die UBS allein 2013 3,2 Milliarden und die CS 8,49 Milliarden

an Boni und Vergütungen ausgewiesen. Es ist für uns deshalb unverantwortlich und nicht nachvollziehbar, dass auf Bundes- und Kantonsebene noch mehr Steuererleichterungen wie z.B. die Unternehmenssteuerreform III geplant und von einer bürgerlichen Mehrheit durchgeboxt werden, und damit weitere Schritte auf dem Pfad der Umverteilung von unten nach oben getan werden sollen. Es wäre für uns ein Skandal, sollte sich herausstellen, dass die Rekordbussen gewisser Banken von den Steuern abgezogen werden können. Wir verurteilen diese Praxis aufs Schärfste. Wir wollen und wir erwarten, dass nicht nur die BewohnerInnen dieser Stadt, sondern auch juristische Personen ihren Teil dazu beitragen, dass unsere Stadt lebenswert ist und bleibt. Wir profitieren alle, wenn wir in einer finanziell gesunden Stadt leben, die ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Nicht zuletzt deshalb ist Zürich auch attraktiv für wertschöpfungsstarke Unternehmen, die von unserer guten Infrastruktur profitieren und so auch wieder Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen.

222. 2014/223
Erklärung der GLP-Fraktion vom 02.07.2014:
Rechnung 2013

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgleich in letzter Minute

Was der Schweizer Fussball-Nati gestern versagt blieb, ist der Stadt Zürich im letzten Jahr gerade noch gelungen: Der Ausgleich in der letzten Minute. Die Rechnung 2013 der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 14 Millionen Franken ab. Das ist über 100 Millionen Franken besser als budgetiert. Die Steuereinnahmen sind auf Rekordniveau – auch wenn die budgetierte Höhe der Einnahmen nicht erreicht wurde.

Die Investitionsausgaben fallen um 347 Millionen tiefer aus als geplant. Damit steigt der Selbstfinanzierungsgrad auf ein vertretbares Mass von 75%.

Das Eigenkapital liegt immer noch deutlich über 700 Millionen Franken. Das ist alles erfreulich.

Bedauerlich hingegen ist, dass dieses Resultat nicht in erster Linie eine Folge von einem ausserordentlich sparsamen Umgang mit städtischen Mitteln oder gar ein erster Erfolg des Projekts 17/0 ist, sondern eher auf einmalige Effekte, wie beispielsweise den Wegfall des Teuerungsausgleichs, tiefere Abschreibungen als Folge einer geringeren Investitionstätigkeit, die Auflösung von Reserven oder ausserordentlich hohen Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer, zurückzuführen ist. Mit solchen Effekten kann und darf nicht geplant werden.

Geradezu gefährlich wird dieses Resultat, wenn es von der Verwaltung, dem Stadt- oder Gemeinderat zur finanzpolitischen Entwarnung missbraucht würde. Stadt, Aufgaben und Verwaltung sind nach wie vor am Wachsen und die Unsicherheiten, wie ein möglicher Zinsanstieg, anziehende Teuerung, die Unternehmenssteuerreform oder die ungewisse Zukunft hinsichtlich der EWZ-Abgabe sowie der Spitalstruktur und -finanzierung bergen ein nicht unerhebliches Risiko. Einzelne Antworten auf die RPK-Fragen oder punktuelle Budgetüberschreitungen lassen in dieser Hinsicht erste Warnleuchten aufblinken.

Die Pauschalabzüge konnten mit Ausnahme diverser IT-Konten realisiert werden. Aufgrund dieser Tatsache und den Antworten aus der Verwaltung, die auf die Unverbindlichkeit dieser Abzüge hinweisen, müssen wir uns jedoch die Frage stellen, ob solche Pauschalabzüge künftig wirklich ein taugliches finanzpolitisches Mittel oder eher Budgetkosmetik sind.

Hinsichtlich IT-Kosten erwarten wir vom Stadtrat künftig eine Plafonierung. Ebenso wünschen wir uns eine höhere Genauigkeit bei der Investitionsplanung und dem allgemeinen Finanzplan.

Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass die glp mit dem Resultat 2013 einigermaßen zufrieden ist und auch künftig eine vernünftig-restriktive Finanzpolitik betreiben will. Vom Stadtrat und der Verwaltung erwarten wir weiterhin eine rasche und konsequente Umsetzung des Projekts 17/0, denn wie im Fussball gilt: Mit diesem Ausgleich ist noch nichts gewonnen.

223. 2014/224
Erklärung der AL-Fraktion vom 02.07.2014:
Rechnung 2013

Namens der AL-Fraktion verliest Walter Angst (AL) folgende Fraktionserklärung:

Auch Dani Leupi findet Haselnüsse

Die Rechnung der Stadt Zürich schliesst 108,9 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Ob die vom

Finanzvorstand kurz vor der letzten Budgetdebatte abgegebene hohe Defizitprognose seinem vorsichtigen Naturell oder geschicktem Kalkül zuzuschreiben ist, darf im Dunkeln bleiben. Tatsache ist, dass sich in der Rechnung 2013 der Stadt Zürich noch einmal die bekannten Effekte aus der Ära Vollenwyder widerspiegeln:

- a) Dank dem guten Sankt Remo wird trotz des ausgeklügelten Systems der pauschalen Budgetkorrekturen ein zu hoher Sachaufwand budgetiert – was die Finanzvorstände natürlich freut.
- b) Die Immobilienblase (Grundstückgewinnsteuer) und die qualifizierten ausländischen Arbeitskräfte (Quellensteuer) decken den anhaltenden steuerlichen Totalausfall der beiden Grossbanken immer noch.
- c) Auch Dani Leupi findet Haselnüsse – in diesem Jahr in Form sagenhafter Buchgewinne aus dem Liegenschaftenhandel und einer Abschöpfung stiller Reserven der städtischen Beteiligung an der ach so geliebten Flughafen AG

Die Rechnung 2013 kann jedoch nicht Anlass sein, in der Finanzpolitik Entwarnung zu geben. Es zeichnet sich zwar ab, dass der Umbau der Spitalfinanzierung kein grosses Loch in die Kasse reisst, obwohl die beiden Spitäler bei der Stadt bleiben. Und die Ertragslage des ewz ist nicht so düster, wie Andres Türlér uns das gerne vorjüngliert. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs einer wachsenden Stadt und der finanziellen Herausforderungen im schulischen Bereich und beim Ausbau der Kinderbetreuung muss jedoch alles daran gesetzt werden, den finanziellen Spielraum zu erhalten, über den die Stadt Zürich in der Vergangenheit verfügt hat. Es gilt also weiterhin, auf unnötige Ausgaben zu verzichten, den Departemente und Dienstabteilungen klare Plafonds zu setzen und gutgemeinte Projekte der Verwaltung auf Nutzen und Dringlichkeit zu überprüfen.

**224. 2014/225
Erklärung der CVP-Fraktion vom 02.07.2014:
Rechnung 2013**

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung 2013 wiederum besser als erwartet – zu Euphorie besteht aber kein Grund

Die CVP-Fraktion nimmt die Rechnung 2013 mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Einerseits stellen wir mit Genugtuung fest, dass der Abschluss mit dem Überschuss von 14 Mio. CHF wiederum besser ausfällt als budgetiert und zu einer Stabilisierung des Eigenkapitals beigetragen hat, andererseits mahnen die aufziehenden Gewitterwolken am städtischen Rechnungshorizont für die nächsten Jahre zu erhöhter Sparsamkeit.

Die CVP-Fraktion begrüsst den im Vergleich zum Budget im Betrag von 153 Mio. CHF tiefer ausgefallenen Sachaufwand – wobei aus unserer Sicht ein geringerer baulicher Unterhalt nicht zu Lasten der nächsten Jahre gehen darf. Dies deutet auf ein erwünschtes Umdenken zu vermehrtem Kostenbewusstsein in der Stadtverwaltung hin. Wiederum erfreulich erfolgreich arbeiteten die Gemeindebetriebe, die auch 2013 höhere Beiträge an die Stadtkasse ablieferten.

Nicht zu vergessen ist aber, dass das gute Ergebnis auf der Einnahmenseite vor allem durch die unerwartet hohen Grundstückgewinnsteuern entstanden ist und die Steuereinnahmen der natürlichen Personen, trotz Rekordhöhe, tiefer als budgetiert ausgefallen sind. Nach wie vor in die falsche Richtung weist für die CVP die erneute Erhöhung der Stellenzahl von rund 350 Stellen gegenüber der Rechnung 2012. Die Stellenerhöhungen mögen im Einzelnen gut begründet sein, von einer Trendwende sind wir aber noch weit entfernt! Allerdings trägt dafür oft auch das Parlament die Verantwortung – hier wäre auch ein Masshalten von Forderungen des Gemeinderates angezeigt.

Die CVP begrüsst ausdrücklich den Realisierungsgrad der Investitionsausgaben – dieser konnte im vergangenen Jahr bei rund 75% gehalten werden und weist nun in den letzten Jahren eine stetige Entwicklung auf. Die Nettoinvestitionen haben mit 867 Mio. CHF eine Grösse erreicht, die die obere Grenze darstellt. In diesem Kontext sind der gestiegene Selbstfinanzierungsgrad und die deutlich gesunkene Nettozinslast als positive Zeichen zu vermerken.

Die Leistungsüberprüfungen mit dem Projekt 17/0 haben bis anhin für die CVP ungenügende Resultate erbracht. Die CVP erwartet vom Stadtrat nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern effektiv finanziell spürbare Massnahmen und Einsparungen, die deutlich über die bisher bekannten 40 Mio. CHF hinausgehen.

Die CVP Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für den verantwortungsvollen Umgang mit den vom Parlament zur Verfügung gestellten Mitteln. Ebenfalls in diesen Dank eingeschlossen sind die Anstrengungen der Stadt, weiterhin Ausbildungsplätze für junge Menschen in unserer Stadt zu schaffen.

217. 2014/63

**Weisung vom 12.03.2014:
Finanzverwaltung, Rechnung 2013 (Verwaltungsrechnung mit Anhang),
Genehmigung**

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 218/2014–224/2014)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Finanzpolitik wird nie von allen gleich wahrgenommen. Für den Stadtrat ist die schwarze Null kein Grund zu besonderer Freude, finanzpolitische Herausforderungen sind nach wie vor gegeben. An diesen arbeitet der Stadtrat, zudem arbeitet er gegen einen Bilanzfehlbetrag. Die Rechnung kann als erfreuliches Zwischenergebnis bezeichnet werden. Reserven sind allerdings nicht mehr viele vorhanden. Die weitere Politik muss klar bei den Kosten ansetzen und eine Ergebnisverbesserung anstreben. Ziel muss es sein, unsere attraktive und erfolgreiche Stadt durch eine kluge Finanzierung aufrechtzuerhalten.*

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 1:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der RPK empfiehlt Zustimmung zur Dispositivziffer 1 und damit die Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2013.*

Roger Liebi (SVP): *Warum wir die Rechnung ablehnen, haben wir in unserer Fraktionserklärung eingehend dargelegt. Die Ausgaben steigen jährlich und können nicht durch Steuereinnahmen gedeckt werden, deshalb wird es früher oder später bergab gehen. Der Stadtrat hat soeben bestätigt, dass es keine Reserven mehr gibt. Er hat auch bekräftigt, einnahmeseitig tätig werden zu wollen, was aber der falsche Weg ist: Das Problem der Stadt ist der stetige Ausbau des Aufwands.*

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): *Nur weil die Rechnung unter dem Budget geblieben ist, heisst das nicht, dass sie auch gut ist. Die Nettoschuld betrug 2011 3,65 Milliarden Franken, 2012 lag sie bei 4,14 Milliarden Franken und 2013 ist sie auf 4,35 Milliarden Franken gestiegen, d. h. in einem Jahr um 5 % bzw. um 200 Millionen Franken. Die Schulden steigen unaufhaltsam, obwohl wir keine Wirtschaftskrise haben, während das Eigenkapital praktisch unverändert bleibt – diese Tendenz ist nicht gut. Die Stadt muss dringend Schulden abbauen und das Eigenkapital erhöhen, was durchaus möglich wäre, ohne dass man im Alltag etwas davon merken würde.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Das Rechnungsergebnis ist ein Scheinergebnis, weil es nur durch die Auflösung von Reserven, nicht aber durch echte Einnahmen zustande gekommen ist. Langfristig ist dieser Trick nicht gesund. Der hohe Schuldenbestand und die unsichere Entwicklung der Zinsen könnten die Stadt einmal ernsthaft in Schieflage bringen. Die Schulden liessen sich abbauen, indem bestimmte spekulative Ertragspositionen aus dem Budget gestrichen und allfällige tatsächliche Erträge zur Schuldentilgung eingesetzt würden.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Ich möchte Ihnen zwei schlechte ökonomische Beispiele vor Augen führen, eines aus dem Präsidialdepartement (PRD) und eines aus dem Schul-*

und Sportdepartement (SSD): Zuerst geht es um das Museum Rietberg (MRZ), dem bekanntlich 150 000 Franken entgangen sind. Der Aufwand betrug 2013 15 Millionen Franken, das Minus lag bei 9 Millionen Franken, und das Globalbudget wurde um 400 000 Franken überschritten. Gemäss Steuerungsgrösse müssten 85 000 Eintritte erzielt werden, in der Tat waren es 2013 aber nur 58 000 bezahlte Eintritte, die fehlenden 27 000 Eintritte wurden über Gratistickets generiert. Die Aufarbeitung der Patzer im Zusammenhang mit den Katalogen soll Aufschlüsse über den grossen Kostenunterschied zwischen dem deutschen und dem englischen Katalog geben. 2. Die Fachschule Viventa (FSV) hat im letzten Jahr 4,5 Millionen Franken Defizit gemacht. Eine Nachfrage hat ergeben, dass eine Lektion in der FSV seit zehn bis zwölf Jahren lediglich drei Franken kostet, was fünf- bis siebenmal weniger ist als im privaten Bereich. In den beiden Fällen besteht auf jeden Fall ein grosses Optimierungspotenzial.

Roger Liebi (SVP): Die RPK hinterfragt die Geheimhaltung des Freien Kredits. Dies ist für mich Anlass, dem Stadtrat einmal meine grundsätzliche Irritation über die vielen geheim erklärten Geschäfte kundzutun. Es entsteht dadurch der Eindruck, dass die Verwaltung etwas zu verstecken hat und der Bevölkerung nichts zutraut. Dann möchte ich noch ein Teillob aussprechen: Bei den Spitälern hat offenbar ein Umdenken stattgefunden; es werden mehr Aufträge reingeholt. Und das Spitalfinanzierungsmodell führt mitnichten ins Desaster, wie gerne behauptet wurde. Die Spitäler arbeiten mittlerweile viel marktnäher und bereiten sich offenbar auf eine Ausgliederung vor. Diese Entwicklung begrüssen wir.

Andrea Nüssli (SP): Es ist doch erfreulich, dass unsere Stadtspitäler die Fallkostenpauschale durch Codierung besser abbilden und dadurch mittlerweile kostendeckend arbeiten können. Da aber noch nicht klar ist, wie es mit der Baserate weitergeht, kann im Bereich der sicheren Spitalfinanzierung noch keine Entwarnung gegeben werden. Was die Gratiseintritte des MRZ betrifft: Diese sind auch auf dessen neuen Bildungsauftrag im Zusammenhang mit Kultur und Religion zurückzuführen, d. h. auf Besuche durch Schulklassen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Das MRZ ist in dieser Debatte zu Unrecht so prominent vertreten. Die schwierige Lage ist entstanden durch eine missliche Sponsorensituation und die anspruchsvolle Aufgabe, das Museumsgeschäft einnahmeseitig zu planen. Seitens des Präsidialdepartements und des Museumsdirektors haben wir schon in der Spezialkommission ausführlich und aktiv über die Situation und die bereits ergriffenen Massnahmen informiert. Damit sind wir den Forderungen der RPK zuvorgemkommen. Der Fehler im Zusammenhang mit dem geplatzten Transfer nach Südamerika bestand lediglich darin, dass mit Einnahmen in der Höhe von 150 000 Franken gerechnet wurde, obwohl noch kein Vertrag vorlag. Der englische Katalog, der im Hinblick auf diesen Transfer produziert wurde, war vollumfänglich durch Drittmittel gedeckt. Das MRZ ist ein hervorragendes und sehr beliebtes Museum. Der Direktor hat während seiner 16-jährigen Amtszeit Drittmittel im Umfang von 47 Millionen Franken generiert. Der beachtliche Eigenfinanzierungsgrad von 48 % belegt einen absoluten Spitzenplatz in Europa. Die Vermittlung an Kinder und Jugendliche gehört zu unserem Konzept, und es ist wichtig, gute Konditionen dafür anzubieten.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe GR Nr. 2014/93, Beschluss-Nr. 216/2014.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 19 Stimmen zu.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

225. 2014/226

Erklärung der FDP-Fraktion vom 02.07.2014:

Rechnung 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen (PWG)

Namens der FDP-Fraktion verliest Severin Pflüger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

FDP kritisiert die Abschreibungsbeiträge an die PWG scharf

Die Stadt Zürich hat der Stiftung PWG 2013 CHF 4,5 Mio. Abschreibungsbeiträge ausbezahlt, womit insgesamt 11 Liegenschaftskäufe getätigt wurden. Mit diesen Beiträgen schreibt die PWG den Kaufpreis einer Mietliegenschaft ab. Die Mieten der in den Wohnungen und Geschäftsräumen verbleibenden Mieter werden so tief gehalten. Konkret bedeutet das, dass mit Steuergeldern Mieten von unbekanntenen Personen verbilligt werden, ohne dass sie irgendwelche Kriterien erfüllen müssen. Es genügt, dass sie zufälligerweise in einer Wohnung wohnen, die die PWG erwerben will. Im ganzen Prozess wird von niemandem geprüft, ob sie in diesen Wohnungen effektiv auf solche Mietzinsvergünstigungen durch die öffentliche Hand angewiesen sind. Dieses Fehlen jeglicher Kontrollen überrascht. Denn die Stadt richtet Sozialhilfebezügern Mietzinszuschüsse normalerweise nur unter ganz strengen Vorgaben aus. So muss ein Sozialhilfeempfänger seine Vermögens- und Einkommenssituation detailliert darlegen, muss periodisch vor dem Sozialamt erscheinen, und es werden Sozialinspektoren auf ihn angesetzt.

Stellvertretend dafür, was sich die PWG mit diesen Abschreibungsbeiträgen erlaubt, kann am Beispiel der Hädrichstrasse 12 gezeigt werden, dass Kontrollen gänzlich fehlen. An dieser Adresse kaufte die PWG ein Gewerbehaus mit 2'000 m² Gewerbefläche, eingeteilt in 6 Gewerberäume, und eine Wohnung, welche vom Verkäufer selbst bewohnt wird. Wie auf Seite 8 des Geschäftsberichts 2013 der PWG nachzulesen ist, verblieb der frühere Eigentümer nach Verkauf dieser Liegenschaft als Mieter in dieser Wohnung. Die Stadt Zürich zahlte für diese Liegenschaft einen Abschreibungsbeitrag von CHF 900'000, welcher der Verbilligung dieser Gewerbefläche und dieser dem Eigentümer selbstbewohnten Wohnung dient. Mit diesen CHF 900'000 werden also 6 Unternehmer und eine Privatperson, die gerade mit einem Liegenschaftsverkauf

Millionen gelöst hat, subventioniert.

Dies ist mit Gewissheit keine soziale Politik und die aufgewendeten Steuergelder kommen sicher nicht am richtigen Ort an. Es fragt sich, an wie viele wirklich bedürftige Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt mit diesen CHF 900'000 eine adäquatere Wohnsituation hätte vermittelt werden können. Es fragt sich auch, ob diese CHF 900'000 angesichts der in der Gemeindeordnung verankerten Zielen angemessen sind, wenn damit unter dem Strich lediglich eine einzige Wohnung erworben wird.

Die Stadt Zürich kann sich unter den gegebenen finanziellen Voraussetzungen eine solche Politik nicht erlauben.

Die Verfechter der Abschreibungsbeiträge an die PWG werden nun anführen, dass damit der Abschaffung der Bodenrente gedient werden soll. Da fragt es sich, ob es wirklich ihr Ernst ist, in sozialpolitisch höchst fraglicher Form Millionenbeträge auszugeben, um überkommenen und unrealisierbaren Ideologien von gestern nachzueifern anstatt sie für die echte Not aufzuwenden.

Die FDP fordert dazu auf, genau hinzusehen, ob die Steuermittel, welche von Arm und Reich bezahlt werden, wirklich jenen Personen zugute kommen, die es am nötigsten haben. Also, ob eine wirkliche Umverteilung von oben nach unten und nicht von der Allgemeinheit zu zufälligerweise Privilegierten passiert. Das gilt in Bezug auf die PWG und auch auf andere gemeinnützige Wohnbauträger.

Für die FDP steht heute fest, wo sie im Budget 2015 ihre Kürzungsanträge stellen wird.

217. 2014/63

Weisung vom 12.03.2014:

**Finanzverwaltung, Rechnung 2013 (Verwaltungsrechnung mit Anhang),
Genehmigung**

Kommissionsreferentin:

Rebekka Wyler (SP): *Das Einschieben einer Fraktionserklärung, notabene ohne Ankündigung, entspricht nicht den Gepflogenheiten des Ratsbetriebs. Die FDP-Fraktion greift einen Fall heraus und stellt dazu einfach Behauptungen auf. Ich möchte an dieser Stelle bemerken, dass wohl niemand etwas gegen günstigen Gewerberaum einzuwenden hat. Zur Dispositivziffer 3: Wir haben die Jahresrechnung 2013 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) geprüft. Die Mehrheit der RPK beantragt Genehmigung der Rechnung.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Die SVP wird sich aus verschiedenen Gründen der Stimme enthalten. Dass die FDP die Rechnung trotz heftiger Kritik annehmen will, ist für uns nicht nachvollziehbar.*

Dr. Pawel Silberring (SP): *Die PWG hat nicht nur für die subventionierten, sondern für alle Wohnungen, die mit städtischen Abschreibungsbeiträgen unterstützt wurden, Vermietungsrichtlinien mit einer Obergrenze für Vermögen und Einkommen. Auch ist sie bei bestehenden Verträgen an das Mietrecht gebunden. Ihr Ziel ist es, langfristig günstige Mieten zu ermöglichen.*

Roger Tognella (FDP): *Wir haben unsere Fraktionserklärung auf dem üblichen Weg angekündigt, und sie stellt mitnichten Behauptungen auf: Im Geschäftsbericht der PWG, Seite 8 und folgende, sind alle von uns vorgebrachten Fakten enthalten. Das Geld für die Abschreibungsbeiträge wird unserer Meinung nach falsch eingesetzt. Es handelt sich aber nicht um Falschbuchungen, deshalb können wir die Rechnung als Ganzes annehmen. Bei der Sprechung des Budgets wird der Rat dann aber Einfluss nehmen müssen. In Sachen PWG enthalten wir uns der Stimme.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP)
Abwesend: Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 78 gegen 0 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung des Geschäfts siehe Sitzung Nr. 9, Beschluss-Nr. 217/2014).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

226. 2014/227

Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Felix Moser (Grüne) vom 02.07.2014: Personalwerbung der Stadtpolizei, Ausrichtung auf das Anforderungsprofil sowie Berücksichtigung der gesellschaftlichen Wertschätzung

Von Markus Knauss (Grüne) und Felix Moser (Grüne) ist am 2. Juli 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Personalwerbung der Stadtpolizei so ausgerichtet wird, dass sie dem Anforderungsprofil der PolizeibeamtInnen entspricht und eine gesellschaftliche Wertschätzung für diese Aufgabe zum Ausdruck bringt.

Begründung:

Die Rekrutierung von gutem Nachwuchs für die Stadtpolizei ist von zentraler Bedeutung für ein konfliktarmes Zusammenleben in der Stadt Zürich. Gefragt sind sozial kompetente und kommunikative Persönlichkeiten mit der nötigen Durchsetzungskraft, die sich in der Stadt Zürich auch auskennen und ein gewisses Verständnis für die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung mitbringen.

Leider gilt der Polizeiberuf in vielen sozialen Milieus als verpönt, was sich denn auch in dem noch immer verbreiteten Begriff „Schmier“ niederschlägt. Nicht zuletzt wegen dieser Geringschätzung in städtischen Milieus fällt es immer schwerer geeignete KandidatInnen aus der Stadt Zürich für den Polizeiberuf zu finden.

Die Personalwerbung der Stadtpolizei war bisher stark auf Sicherheits- und Kontrollaufgaben fokussiert. Sie soll vermehrt die gesellschaftliche Bedeutung und Wertschätzung den PolizeibeamtInnen gegenüber zum Ausdruck bringen und die verlangten sozialen und kommunikativen Kompetenzen widerspiegeln. Nur so scheint es uns möglich, mit vernünftigem Aufwand qualifiziertes Personal für die Stadtpolizei zu finden.

Mitteilung an den Stadtrat

227. 2014/228

Interpellation von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 02.07.2014:

Verkauf eines Aktienpakets der Repower AG, mögliches Kaufinteresse der Stadt sowie allfällige damit verbundene Vorbehalte und Konsequenzen

Von Bernhard Piller (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) ist am 2. Juli 2014 folgende Interpellation eingereicht worden:

Die Axpo AG bietet 12,3% und der Kanton Graubünden zwischen 3,3% und 9,1% der Aktien des Bündner Energieunternehmens Repower AG zum Kauf an. Diese Aktien sollen von einem einzigen Käufer übernommen werden. Einen weiteren Anteil von bis zu 6% will Graubünden im Rahmen einer noch zu definierenden Bündner "Gemeindebeteiligungsgesellschaft" verkaufen. Der Kanton und diese Gemeinden Graubündens sollen zusammen die Mehrheit der Repower Aktien besitzen, gemäss dem Bündner Regierungsrat bis zu 55%. In Graubünden wurde ewz zusammen mit den BKW als Wunschpartner des Kantons Graubünden im Repower-Aktionariat genannt.

Repower plant den Bau eines Kohlekraftwerks in Kalabrien mit 1'320 Megawatt Leistung, ein Projekt, das zu heftigen Kontroversen Anlass gab und diverse Ungereimtheiten an den Tag brachte, einschliesslich Vereinbarungen mit Clans des organisierten Verbrechens. Repower hält 57,5% der Anteile der Kohlekraftwerk-Projektgesellschaft. Nach der Annahme der kantonalen Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft» in Graubünden im Herbst 2013, hat Repower angekündigt, aus diesem Projekt bis Ende 2015 auszusteigen. Die Volksinitiative hatte jedoch die Form einer allgemeinen Anregung. Für einen verbindlichen Ausstieg bedarf es einer weiteren Abstimmung und Annahme einer konkreten Verfassungsänderung. Ausserdem kann das Bündner Energieunternehmen durch den Abschluss eines langfristigen Liefervertrags für Strom aus dem Kraftwerk das gleiche Ziel erreichen. Das Energieunternehmen wäre dadurch der Realisierung des Kohlekraftwerks im gleichen Mass zuträglich wie mittels Beteiligung.

Repower besitzt zudem 7% der AKEB AG und ist somit gleich wie ewz Strombezüglerin aus den Atomkraftwerken Leibstadt, Bugey und Cattenom. Zudem besitzt Repower 61% eines Gaskraftwerks in Italien und entwickelt ein weiteres Gaskraftwerksprojekt in Deutschland.

Wir bitten in diesem Zusammenhang den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist ewz am Kauf des angebotenen Aktienpakets interessiert oder finden sogar entsprechende Verhandlungen statt?
2. Kommt es für den Stadtrat in Frage, Kaufverhandlungen zu führen oder den StimmbürgerInnen der Stadt Zürich eine Übernahme des angebotenen Aktienpakets vorzuschlagen, solange Repower das Kohlekraftwerk in Kalabrien projektiert?
3. Kann der Stadtrat bei einer Übernahme der Aktien sicherstellen, dass Repower sich in keiner Weise am Kohlekraftwerk beteiligt und auch keinen Stromliefervertrag für die Produktion dieses Kraftwerks eingeht?
4. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass Art. 2^{ter} der Gemeindeordnung den Erwerb weiterer Beteiligungen an Atomkraftwerken durch die Stadt Zürich untersagt und Repower ihren Anteil an der AKEB somit vor der Übernahme von Repower Aktien durch ewz abtosschen müsste?
5. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass personelle Veränderungen in der Geschäftsleitung und Änderungen der Geschäftsstrategie der Repower vor der Übernahme von Repower-Aktien zu vereinbaren sind, andernfalls ewz riskiert, auf unbestimmte Zeit in der Repower keine wesentlichen Veränderungen bewirken zu können?
6. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass die vom Kanton Graubünden angestrebte Aktionärsstruktur mit einer Beteiligungsgesellschaft bestehend aus Bündner Gemeinden es dem Kanton Graubünden als ganzes ermöglicht, Repower zu kontrollieren, wenn der bestehende bzw. ein in der Folge der Transaktion novellierter Aktionärsbindungsvertrag gekündigt wird oder wenn seine Gültigkeit z. B. aus monopolrechtlichen Gründen erlischt?

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

228. 2014/229

Schriftliche Anfrage von Stephan Iten (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) vom 02.07.2014:

Belegung von Parkplätzen der blauen Zone für Bauarbeiten im Gebiet um den Landenbergpark, Ausmass und möglicher Realersatz

Von Stephan Iten (SVP) und Martin Bürlimann (SVP) ist am 2. Juli 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In Zürich Wipkingen (Kreis 10) werden seit 2013 an der Kyburgstrasse 18 6 blaue Parkplätze für die Baustelle an der Kyburgstrasse 21 zweckentfremdet. Nach Abschluss der Bauarbeiten werden nun seit 2014 sogar 8 blaue Parkplätze für die neue Baustelle an der Kyburgstrasse 21 besetzt. Seit Juni 2014 werden an der Röschibachstrasse 52 nochmals 4 - 5 blaue Parkplätze für die Bauarbeiten an diesem Haus in Anspruch genommen. Zur Zeit sind also 12 - 13 stark frequentierte Parkplätze unbenutzbar.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurden die genannten Parkplätze in näherer Umgebung ersetzt? Wenn ja, wann wurde wo und in welchem Zeitraum Realersatz geschaffen? Wenn nein, warum nicht?
2. Wurden im Gebiet um den Landenbergpark in den Jahren 2012, 2013 und 2014 weitere Parkplätze für Baustellen oder anderweitig zweckentfremdet? Wenn ja bitte eine tabellarische Darstellung, in welchem Zeitraum Parkplätze nicht benutzbar waren und die entsprechende Auflistung, wo und wie Realersatz geschaffen wurde.
3. Wie stellt sich der Stadtrat zur Frage, ob 12 Parkplätze für das lokale Kleingewerbe und deren Kunden wichtig sind?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

229. 2014/98

**Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) vom 26.03.2014:
Sechseläutenplatz, Nutzung für politische Veranstaltungen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 549 vom 18. Juni 2014).

230. 2014/115

**Schriftliche Anfrage von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und Guido Trevisan (GLP) vom 02.04.2014:
Holzschlag im Stöckentobel, Hintergründe zur geplanten Helikopter-Unterstützung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 551 vom 18. Juni 2014).

Nächste Sitzung: 2. Juli 2014, 20.30 Uhr.